

lichkeit des Korrektivs überzogener Abrechnungen,⁴⁷ wenn und soweit der beauftragte Rechtsanwalt beispielsweise unwirtschaftlich gearbeitet hat. Im Zweifel steht es dem Gericht hier frei, bei unverhältnismäßigen Schwierigkeiten bei der Ermittlung der anrechenbaren Stunden, nach § 287 ZPO eine Schätzung vorzunehmen.⁴⁸

VI. Fazit

Kosten, die auf einer die gesetzlichen Gebühren übersteigenden Honorarvereinbarung zwischen Rechtsanwalt und Mandant beruhen, sind grundsätzlich als Rechtsverfolgungskosten ersatzfähig. Dies gilt sowohl

für den materiell-rechtlichen als auch den prozessualen Kostenerstattungsanspruch, wenn und soweit die Beauftragung des Rechtsanwalts und die Vereinbarung einer Abrechnung auf Stundenbasis erforderlich und zweckmäßig war. § 254 BGB stellt insoweit ein Korrektiv dar. Der derzeit h.M. sowohl zum materiell-rechtlichen als auch zum prozessualen Kostenerstattungsanspruch ist nicht zuzustimmen, da spätestens seit Inkrafttreten des RVG ihre Grundlage entfallen ist.

47 Kriterien hierzu: BGH v. 1.2.2000 – X ZR 198/97, MDR 2000, 1001 = NJW 2000, 1107 ff.

48 Schlosser, NJOZ 2009, 2376 (2389).

AMTSHAFTUNGSRECHT

Neuere Entwicklungen im Amts- und Staatshaftungsrecht – Rechtsprechungsüberblick 2009

VorsRiOLG Dr. Peter Itzel

Im Anschluss an die zurückliegenden Rechtsprechungsübersichten zum Amts- und Staatshaftungsrecht (Itzel, MDR 2007, 689–695, MDR 2008, 667–672, MDR 2009, 730–737) ist für das Jahr 2009 festzustellen, dass die veröffentlichte obergerichtliche Rechtsprechung (BGH und OLG) sich mit ganz unterschiedlichen und vielfältigen Lebens- und Rechtsbereichen beschäftigt und damit auch die Breite der behandelten Rechtsvorschriften weiter zugenommen hat.

I. Überblick

Im Rückblick auf das Jahr 2009 ist zunächst auf Entscheidungen zu den allgemeinen materiell- und prozessrechtlichen Grundsätzen im Amts- und Staatshaftungsrechts hinzuweisen (unter II); weiterhin sind Schwerpunkte (unter Berücksichtigung der Anzahl der Entscheidungen, von beachtenswerten Tendenzen und Neuerungen) vor allem auf folgenden Gebieten festzustellen (unter III):

- ▷ Straßen, Streu- und allgemeine Verkehrssicherungspflicht
- ▷ Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, öffentliche Ausschreibungen
- ▷ Wasserrecht und Überschwemmungsschäden
- ▷ Entscheidungen von Gerichten, Staatsanwaltschaften und Polizei
- ▷ Haftung im Gesundheitswesen.

Hinzuweisen ist weiterhin auf zahlreiche neuere Veröffentlichungen (u.a. Aufsätze, Neuerscheinungen, Neuauflagen) zum Amts- und Staatshaftungsrecht, die jeweils eine aktuelle Hilfestellung für den auf diesem Gebiet tätigen Praktiker darstellen.¹ Dies erscheint neben der nach wie vor wachsenden Anzahl der veröffentlichten Entscheidungen als Indiz für die zunehmende Bedeutung dieser Materie.

II. Wichtige Entscheidungen und Entwicklungslinien – Allgemeine Grundsätze

1. Aktuelle materiell-rechtliche Fragestellungen

Gerade der bislang wenig konturierte und dogmatisch fundierte haftungseinschränkende Gesichtspunkt „Schutz-

zweck der Norm“, den man aus gutem Grunde auch als „Kristallkugel des Haftungsrechts“ bezeichnen könnte, gewinnt wohl zunehmend Bedeutung und gibt zu Präzisierungen Anlass. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass dieser Prüfungspunkt nicht nur das Amts- und Staatshaftungsrecht betrifft, sondern in gleicher Weise Relevanz auch für das Notar-, Rechtsanwalts- und das übrige Haftungsrecht beansprucht. Offen ist, ob diese Haftungsbegrenzung im Bereich der Zurechnung (innerhalb der Kausalitätsprüfung), im Schadensbereich oder als völlig selbständiger, quasi abrundender Gesicht- und Kontrollpunkt dogmatisch zu verorten ist.² Der BGH hat unter Aufhebung einer Entscheidung des OLG Koblenz für den Fall einer rechtswidrigen Aufhebung einer Baugenehmigung entschieden, dass nicht sämtliche vom Bauherrn eingegangenen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten ersatzfähig sein sollen sondern nur solche, die ein vernünftiger Bauherr gegenüber seinen unmittelbaren Bauhandwerkern, Bauwerkserstellern eingegangen ist, wobei allerdings auch – dies in Abweichung zu OLG Koblenz – von den BGB-Vorschriften abweichende vertragliche Regelungen zugunsten des Handwerkers („großzügige, voraussetzungslose Vertragsstrafenversprechen“) hinzunehmen und damit grundsätzlich ersatzfähig sind.³ Bestätigt wurde allerdings der Grundsatz, dass es nicht in der Macht des geschädigten Bürgers liegt, den Schutzzweck

▷ Der Autor ist Vorsitzender Richter am OLG Koblenz.

1 S. nur Schlick, NJW 2009, 3139 ff., 3487 ff., NJW 2008, 31 ff., 127 ff.; Schlick, BauR 2008, 290 ff.; Wurm in Staudinger, BGB §§ 839, 839a Neubearb. 2007; Tremml/Karger, Der Amtshaftungsprozess, 3. Aufl. 2009; Stein/Itzel/Schwall, Praxishdb. des Amts- und Staatshaftungsrechts, 2005; Rotermund, Haftungsrecht in der kommunalen Praxis, 3. Aufl. 2004; Rotermund, Die Haftung der Kommunen für die Verletzung der Verkehrssicherungspflicht, 4. Aufl. 2004; Bergmann/Schumacher, Die Kommunalhaftung, 4. Aufl. 2006; Schlund, Verkehrssicherungspflicht auf öffentlichem Grund, 4. Aufl. 2006; Cloeren/Itzel, LKRZ 2010, 47 ff.; Pietzcker, Rechtsprechungsbericht zur Staatshaftung, AöR 2007, 393 ff.; Kischel, VerwArch 2006, 450–481 sowie d. weiteren Lit.nachw. bei der Darstellung der Einzelbereiche der Amts- und Staatshaftung (unter II. und III.).

2 S. auch OLG Jena v. 30.1.2008 – 4 U 1230/05, OLGReport Jena 2008, 494 zu Fragen der „Schadenszurechnung“ – rechtmäßiges Alternativverhalten, Reserveursachen – bei rechtswidriger Versagung des gemeindlichen Einvernehmens.

3 BGH v. 22.1.2009 – III ZR 197/08, MDR 2009, 506 f. = NJW 2009, 1207 ff. unter Aufhebung von OLG Koblenz v. 9.7.2008 – 1 U 1210/07, OLGReport Koblenz 2009, 12; z.d. Problemkreis auch BGH v. 25.10.2007 – III ZR 62/07, MDR 2008, 82.

Amtshaftungsrecht

der öffentlich-rechtlichen Norm (Amtspflicht) durch phantasievolle, ökonomisch nicht nachvollziehbare vertragliche Wohltaten für beliebige Dritte – z.B. für den Fall der Rücknahme einer Genehmigung – uferlos auszuweihen.⁴ In diesem Punkt sind wohl noch Präzisierungen (dogmatische Fundierung und Inhalts- sowie Grenzbestimmungen) erforderlich und für die Praxis der Verwaltungen, beratenden Rechtsanwälten und der Gerichte auch dringend gewünscht und angezeigt, gerade auch weil eine durch den BGH kürzlich bestätigte Entscheidung des OLG Brandenburg von einem wohl eher gegenläufigen, sehr weitgehenden Schutzzweckverständnis zugunsten des Bürgers, Bauherrn ausgeht.⁵

Ob und wie (Sicherungs-)Pflichten auf Dritte übertragen werden können und welche (Rest-)Pflichten bei den übertragenden Behörden verbleiben, ist wohl noch nicht abschließend geklärt.⁶ So kann der Winterdienst nach OLG Brandenburg auf Private ohne Einschränkungen übertragen werden.⁷ Der verbleibende Pflichtenumfang der an sich verkehrssicherungspflichtigen Gemeinde wurde – sowohl was Instruierung und Einweisung wie auch was den Überwachungs- und Kontrollbereich betrifft – eher am unteren Rand des rechtlich Erforderlichen angesetzt.⁸ Dass die Übertragung von Verkehrssicherungspflichten ausreichend klar und eindeutig erfolgen muss, hat das OLG Schleswig verdeutlicht.⁹

2. Prozessuale Problemfelder

Der BGH hat in zwei Entscheidungen die Rechtswegzuweisung präzisiert. In einem Streit über den Bestand eines Nutzungsverhältnisses über Räume und Flächen auf einem Flughafen hat er sich – die bisherigen Grund-

gedanken und Festlegungen bestätigend – zur „Natur des Rechtsverhältnisses“ geäußert und insbesondere darauf hingewiesen, dass alle Handlungen (im vorliegenden Fall: Vertrag), die auch durch Verwaltungsakt vorgenommen werden können, für den öffentlich-rechtlichen Charakter, mithin für das Vorliegen einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit sprechen.¹⁰ Gleichfalls den VG abschließend und ausschließlich zugewiesen sind Schadensersatzansprüche des Dienstherrn gegen seine Beamten. Die Zivilgerichte sind auch dann nicht zuständig, wenn diese Ersatzansprüche (auch) auf Deliktsrecht (hier § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 266 Abs. 1 StGB) gestützt werden.¹¹

Für Verjährungsfragen gilt, dass es für den Fristbeginn entscheidend darauf ankommt, wann der jeweils konkret mit dem Fall, der Forderungsabwicklung betraute Bedienstete/Mitarbeiter Kenntnis (für die Behörde) erlangt hat.¹² Bei drohender Anspruchsverjährung ist auch unter Berücksichtigung landesspezifischer Außenvertretungsregelungen (welche Stelle vertritt z.B. das Land in dem konkreten Haftungsfall) stets auf den richtigen Adressaten (Mahnung, Klage usw.) dringend zu achten. Nicht völlig unproblematisch erscheint auch die Verjährungshemmung in bestimmten Fällen der Inanspruchnahme von verwaltungsrechtlichem Primärrechtsschutz. So ist die Streitverkündung mit der Hemmungswirkung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Drittbeteiligung (z.B. bei rechtswidrig verweigertem Einvernehmen der Gemeinde) nicht möglich. Ob die notwendige Beiladung oder auch der Eilrechtsantrag zur Hemmung führt, ist noch nicht abschließend geklärt, dürfte aber nach Sinn und Zweck von § 839 Abs. 3 BGB zu bejahen sein.¹³

Dass sowohl die Realisierung der anderweitigen Ersatzmöglichkeit nach § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB wie auch der Primärrechtsschutz (§ 839 Abs. 3 BGB) ernsthaft und fachlich zur Vermeidung von Rechtsnachteilen betrieben werden muss, wurde mehrfach bestätigt.¹⁴ Weitere Entscheidungen beschäftigten sich mit der Bindungswirkung der Zivilgerichte an sozial- und verwaltungsrechtliche Beschlüsse¹⁵ und dem Anscheinsbeweis nach Abbruch- und Bodenarbeiten¹⁶ sowie bei Unfällen wegen Verletzung der Streupflicht.¹⁷

III. Wichtige Entscheidungen und Entwicklungslinien – Einzelbereiche

1. Straßen, Streu- und allgemeine Verkehrssicherungspflicht

Nach wie vor dominieren Entscheidungen zur Verkehrssicherungspflicht die Amts- und Staatshaftungsverfahren. Dies betrifft in jedem Fall den quantitativen Aspekt (Anzahl der Fälle), wird wohl aber auch hinsichtlich der Höhe der geltend gemacht Schäden und Ersatzforderungen so einzuschätzen sein. In Hinblick auf den letzten Winter mit den damit einhergehenden vermehrten Unfällen bei temporärem und lokalem Salznotstand dürfte die Relevanz dieses Fragenbereichs für die beratende und entscheidende Rechtspraxis zumindest gleich bleiben.

a) Grundsätze der Verkehrssicherungspflicht

Die Tendenz zur Einschränkung der Verkehrssicherungspflicht und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Bürgers hält an. So muss bei Tauwetter mit Nachtfrost wegen von Lampen abtropfenden Wassers, das nachts anfrieren kann, nicht grundsätzlich vorbeugend gestreut werden.¹⁸ Vergleichbares gilt für mit Laub bedeckte Bereiche. Auch hier kann und muss der Bürger damit rechnen, dass sich Vertiefungen, Bordsteine, Verkehrsinseln usw. unter der Laubschicht befinden können.¹⁹

- 4 S. auch OLG Koblenz v. 9.7.2008 – 1 U 1221/07, OLGReport Koblenz 2008, 971 – freiwillige, vertraglich nicht geschuldete Leistung des Bauherrn.
- 5 OLG Brandenburg v. 13.2.2007 – 2 U 10/05, OLGReport Brandenburg 2008, 190, bestätigt durch BGH v. 25.10.2007 – III ZR 62/07, MDR 2008, 82 f. – Vertrauensgrundlage schon vor Baugenehmigungserteilung, Nichterfüllungsschaden von Käufern der noch zu errichtenden Wohnungen vom Schutzzweck nicht grundsätzlich ausgeschlossen.
- 6 S. auch *Hilsberg*, MDR 2010, 62–64.
- 7 Zur Unzulässigkeit einer Vollübertragung (Abwasserbeseitigungspflicht) BGH v. 30.4.2008 – III ZR 5/07, MDR 2008, 796 = BADK-Information 2008, 149 ff.
- 8 OLG Brandenburg v. 12.2.2009 – 2 U 10/07, BADK-Information 2009, 136 f.; s. auch OLG Koblenz v. 30.7.2007 – 12 U 234/06, BADK-Information 2009, 110 f.
- 9 OLG Schleswig v. 22.1.2009 – 11 U 71/08, MDR 2009, 751 (umkippendes Metallregal in Lehrerzimmer).
- 10 BGH v. 20.5.2009 – XII ZB 166/08, MDR 2009, 1185 f. (VG-Zuständigkeit bejaht wegen vertraglichen Bezügen zu zollrechtlichen Vorschriften und Regelungen).
- 11 BGH v. 9.4.2009 – III ZR 200/08, MDR 2009, 804; s.a. *Schlick* 2009, s. Fn.1, S. 3142 sowie S. 3492 ff. m.w.N.
- 12 BGH v. 12.5.2009 – VI ZR 294/08, MDR 2009, 926 ff. = NJW-RR 2009, 1471 ff.; OLG Celle v. 29.11.2007 – 13 U 174/07, OLGReport Celle 2008, 257.
- 13 *Braun/Spannbrucker*, DVBl. 2009, 884–887; *Troidl*, Die Hemmung der Verjährung durch notwendige Beiladung (§ 65 Abs. 2 VwGO), DVBl. 2008, 625–633; s.a. *Armbrüster/Kämmerer*, NJW 2009, 3601–3605; *Steinltzell/Schwall*, s. Fn. 1, Rz. 759.
- 14 LG Bremen v. 4.3.2009 – 1 O 1434/07, BADK-Information 2009, 117 f.; LG Detmold v. 8.11.2007 – 9 O 52/07, BADK-Information 2009, 116 f.; s.a. *Rohlfing*, MDR 2009, 1257–1260, ders. MDR 2010, 237–241.
- 15 BGH v. 19.5.2009 – VI ZR 56/08, MDR 2009, 925 f.; s. bereits auch *Rohlfing*, MDR 2004, 1089–1091.
- 16 OLG Frankfurt v. 28.8.2009 – 4 U 264/08, MDR 2010, 22 ff.; abweichend wohl OLG Celle v. 2.9.2008 – 16 U 35/08, BADK-Information 2009, 109 f.
- 17 BGH v. 26.2.2009 – III ZR 225/08, NJW 2009, 3302 f. = NZV 2009, 595 f.
- 18 So wohl OLG Karlsruhe v. 10.9.2008 – 7 U 237/07, OLGReport Karlsruhe 2009, 55.
- 19 OLG Frankfurt v. 11.9.2008 – 1 U 301/07, MDR 2008, 1396.

Amtshaftungsrecht

b) Allgemeine Verkehrssicherungspflicht

Eine Nachrüstpflicht (Treppen-Handlauf über die letzte Stufe) für ältere öffentliche Gebäude besteht grundsätzlich nicht, wenn sich eine solche weder aus Rechtsvorschriften oder dem Leib- und Lebensschutz (z.B. auf dem Gebiet des Brandschutzes²⁰) ergibt.²¹ Die allgemeinen Grundsätze für Verkehrssicherungspflichten für – gefährliche – Spielgeräte (Tellerschaukel über Hangbereich),²² Sport-, Bolzplätze (abirrende Fußbälle)²³ und im Schwimmbadbereich (Kinderrutsche)²⁴ wurden im Wesentlichen auch im letzten Jahr bestätigt. Dass auf Jahr-, Weihnachtsmärkten und anderen Festen und Veranstaltungen Wasserschläuche, Elektrokabel usw. keine „Fußfallen“ (Schlaufen) bilden dürfen, hat das OLG Koblenz nochmals bestätigt (feste Verlegung, abdeckende Gummimatten usw.).²⁵

c) Einzelfälle der Straßenverkehrssicherungspflicht

Die Einschränkungstendenzen²⁶ hinsichtlich des Umfangs der Straßenverkehrssicherungspflichten bestehen fort,²⁷ wobei an dem Grundsatz festgehalten wird, dass Gefahr- und Schadstellen in erster Linie zu beseitigen sind und erst wenn dies (zeitlich usw.) nicht möglich ist, vor ihnen konkret zu warnen ist.²⁸ So hat das OLG Jena das Mitverschulden des Fahrzeugführers (Kolonnenfahrt, Verstoß gegen Sichtfahrgebot, erkennbares „riesiges“ Schlagloch) hervorgehoben und Kontrollintervalle von weniger als zwei Wochen auch bei stark befahrenen Straßen als nicht erforderlich (zumutbar) angesehen.²⁹ Überhaupt scheint der Gesichtspunkt der (wirtschaftlichen) Zumutbarkeit an Bedeutung zu gewinnen. Das OLG Hamm hat – zu Recht – eine Pflicht zur regelmäßigen Überprüfung des Straßenbelags auf zu „glatte“ Stellen (geringe Körnung des Belags) als (finanziell und personell) unzumutbar abgelehnt.³⁰ Ähnliches gilt für die zuverlässige und flächendeckende Verhinderung von Steinschlag in Berg- und Hangbereichen (hier Mosel-tal).³¹ Die Sicherungen können sich auf besonders gefährdete Bereiche beschränken.

Eine wohl eher noch gegenläufige Tendenz ist bei der „Baumschau“ zu beobachten. Hier wird ganz überwiegend an den hohen Anforderungen zur Verkehrssicherungspflicht festgehalten.³² Keine Haftung besteht jedoch für Schäden durch herab fallende Früchte (Eicheln, Kastanien usw.).³³

Bei Absperrketten, Sperrpfosten, versenkbaren Pollern und anderen in den Verkehrsraum verbrachten Gegenstände muss nach der einheitlichen Rechtsprechung für eine ausreichende Sichtbarkeit gesorgt und bei nicht eindeutiger Erkennbarkeit vor diesen Gegenständen ausreichend und eindeutig gewarnt werden.³⁴

d) Winterdienst

Die Streu- und Räumpflicht wird in den letzten Jahren wohl eher restriktiv eingeschätzt. So hat das OLG Jena die Zeiten der Räumpflicht eher einschränkend, dafür aber in einem fast allgemeinverbindlichen ductus auf 7 Uhr (werktags) bzw. 9 Uhr (an Sonn- und Feiertagen) bis 20.00 Uhr festgelegt. Bei anhaltenden Niederschlägen (Schnee, Eisregen usw.) kann bis zur Wetterberuhigung abgewartet werden.³⁵ Dass der Winterdienst sich innerhalb geschlossener Ortschaften auf verkehrswichtige und gefährliche Stellen konzentrieren kann und darf, wurde im letzten Jahr mehrfach bestätigt.³⁶ Eine Tendenzwende deutet sich möglicherweise hinsichtlich der früher angenommenen weitreichenden Pflicht zum „vorbeugenden Streuen“ an.³⁷ Ob aus Zumutbarkeitsgesichtspunkten (leere Kassen, mangelnde Haushalte, Finanzkrise, „Salznotstand“, Personalknappheit usw.) die Verkehrssicherungs-

pflicht in den nächsten Jahren weiter eingeschränkt werden wird, bleibt abzuwarten.³⁸

2. Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, Ausschreibungen

a) Allgemeine Festlegungen

Zur höchst umstrittenen, in letzter Zeit vermehrt aufgeworfenen und gerade für den jeweiligen Streit oft entscheidenden Frage der Reichweite der Ersatzpflicht bei rechtswidrigem Behördenhandeln (rechtswidrige Versagung oder Aufhebung einer Baugenehmigung), der Frage nach dem Schutzzweck der verletzen (Haftungs-) Norm wird auf die Ausführungen oben unter II. Nr. 1 verwiesen.³⁹

b) Baugenehmigungsverfahren

Auf für den Bauherrn klar erkennbare, vorherseh- und beherrschbare Risiken muss weder im Bebauungsplan noch im Baugenehmigungsverfahren hingewiesen werden (Katastrophenüberlauf einer Regenbehandlungsanlage).⁴⁰ Dies bestätigt im Kern die Rechtsprechung zu sonstigen (Baugrund-) Risiken (z.B. Grundwasser). Auch im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren muss die Bauaufsichtsbehörde Einwänden des Nachbarn (Abstandsflächen) umfassend nachgehen und die Einhaltung der materiell-rechtlichen Bestimmungen – ggf. auch vor Ort – überprüfen.⁴¹ Wird eine Baugenehmigung nach Weisung der übergeordneten Behörde nicht oder nur ver-

20 S. OVG Mecklenburg-Vorpommern v. 12.9.2008 – 3 L 18/02, BauR 2009, 1433 ff.

21 S. OLG Karlsruhe v. 17.9.2007 – 10 U 29/07, BADK-Information 2009, 111 f.

22 OLG Hamm v. 9.1.2009 – I-9 U 144/08, MDR 2009, 1044.

23 S. AG Erfurt v. 4.3.2009 – 5 C 3034/08, NZV 2009, 296 f.

24 OLG Karlsruhe v. 10.8.2007 – 14 U 8/06, BADK-Information 2008, 122.

25 OLG Koblenz v. 24.3.2009 – 5 U 76/09, MDR 2009, 806 = NJW-RR 2009, 1473 f.

26 S. auch *Filthaut*, NZV 2009, 417 ff.; Verkehrssicherungspflichten auf Radwegen, BADK-Information 2008, 123 ff.; *Beck*, NZV 2009, 324 ff.; *Herz*, NJW-Spezial 2009, 297, 361

27 U.a. für Parkplatzbetreiber: OLG Saarbrücken v. 9.9.2008 – 4 U 114/08, NZV 2009, 293 f.; OLG München v. 11.10.2006 – 1 U 3569/06, OLGReport München 2009, 316 f.

28 OLG Saarbrücken v. 3.11.2009 – 4 U 185/09, DAR 2010, 23 f.

29 OLG Jena v. 24.6.2009 – 4 U 67/09, MDR 2009, 1391

30 OLG Hamm v. 25.11.2008 – I-9 W 41/08, OLGReport 2009, 424 f.

31 OLG Koblenz v. 7.4.2008 – 12 U 893/06, GVV-Mitteilungen 2008, 1 f.

32 OLG Rostock v. 10.7.2009 – 5 U 334/08, OLGReport Rostock 2009, 778 ff. (Hybridpappel, Pilzfruchtkörper); OLG Jena v. 14.1.2009 – 4 U 818/07, OLGReport Jena 2009, 320 ff. (Verken-nung v. Gefahrzeichen); v. 24.6.2009 – 4 U 648/08, MDR 2009, 1339 f. (außerplanmäßige Kontrollpflicht); OLG Celle v. 14.5.2009 – 8 U 191/08, MDR 2009, 1042 f. (Überprüfung nach teilweiser Wurzelentfernung).

33 OLG Hamm v. 19.5.2009 – I-9 U 219/08, OLGReport Hamm 2009, 791 f.

34 OLG Hamm v. 3.2.2009 – I-9 U 101/07, MDR 2009, 986 (graue Metallkette); LG Gießen v. 6.3.2009 – 1 S 284/08, NZV 2009, 452 f. (Sperrpfosten, Mountainbike-Rennen); OLG Hamm v. 26.5.2009 – I-9 U 109/07, OLGReport Hamm 2009, 755 f. (versenkbarer Poller).

35 OLG Jena v. 10.11.2008 – 4 U 553/08, NZV 2009, 599 f.; bestätigt durch OLG Jena, Urt. v. 21.1.2009 – 4 U 341/08, OLGReport Jena 2009, 414 f.

36 OLG Jena, s. Fn. 35 und OLG Hamm v. 6.3.2009 – I-9 U 153/08, MDR 2009, 1111.

37 S. OLG Karlsruhe v. 10.9.2008 – 7 U 237/07, NJW-RR 2009, 386 f. (Tropfeisbildung).

38 Vgl. zu dieser Problemlage *Stein/Itzell/Schwall*, s. Fn. 1, Rz. 473.

39 S. nur BGH v. 22.1.2009 – III ZR 197/08, MDR 2009, 506 f. = NJW 2009, 1207 ff.; OLG Koblenz v. 9.7.2008 – 1 U 1221/07, OLGReport Koblenz 2008, 971, OLG Brandenburg v. 13.2.2007 – 2 U 10/05, OLGReport Brandenburg 2008, 190.

40 OLG Düsseldorf v. 31.10.2007 – I-18 U 51/07, BADK-Information 2008, 119 ff.

41 OVG Saarland v. 3.1.2008 – 2 A 182/07, BauR 2009, 805 ff.

Amtshaftungsrecht

zögert erteilt, ist nicht die angewiesene sondern die anweisende Behörde haftungsrechtlich verantwortlich, wobei der Primärrechtsschutz sich umfassend verzögerungshemmend auswirkt (auch bzgl. des Anspruchs gegen die anweisende Stelle).⁴² Die beteiligte Gemeinde hat das Einvernehmen mit einem Bauvorhaben zu erteilen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist (§ 36 Abs. 2 Satz 2 BauGB) einen Versagungsgrund feststellen kann.⁴³ In dieser Entscheidung werden auch die bisherigen Maßstäbe für das Verschulden der Ratsmitglieder bestätigt (recht weitgehende Rechts-, Verwaltungskennntnisse; ggf. Einholung von Rechtsrat und sachverständige Beratung).

c) Weitere Haftungsfälle aus dem Bauordnungs-, -planungs und Enteignungsrecht

Mit der Zulässigkeit einer Enteignung zum Zwecke des Straßenbaus⁴⁴ und der Reichweite gerichtlicher Überprüfungsmöglichkeiten des „planerischen Gestaltungsspielraums“ der Behörde hat sich das BVerfG auseinandergesetzt und eine recht weitreichende Kontrollmöglichkeit gerade auch in Hinblick auf Art. 14 GG angenommen.⁴⁵ Bereits die Festlegung des Verlaufs einer Bundesfernstraße (Linienführung) kann eine „Vorwirkung“ hinsichtlich der künftig zu zahlenden Enteignungsentschädigung auslösen. Hinsichtlich der Qualität des Grundstücks ist dann auf diesen (Festlegungs-)Zeitpunkt abzustellen.⁴⁶ Die Schriftformklauseln stellen für Körperschaften des öffentlichen Rechts materielle Kompetenzvorschriften (und nicht lediglich Formvorschriften) dar. Ein Verstoß

hiergegen begründet keine wirksame Verpflichtung. Dies kann auch nicht über die Grundsätze der Anscheins- oder Duldungsvollmacht „geheilt“ werden.⁴⁷

d) Ausschreibungs- und Vergabeverfahren

Nicht abschließend geklärt ist in Ausschreibungs-, Vergabeverfahren nach wie vor, ob und inwieweit präventiver „Vergabeschutz“ in diesen Fällen, insb. in Fällen „schreiend rechtswidriger Vergabeverfahren der öffentlichen Hand“ durch ordentliche Gerichte erfolgen kann und soll.⁴⁸ Nach einer Klärungsphase tendiert eine starke Mehrheit von Gerichten zu der Etablierung eines zivilrechtlichen Primärrechtsschutzes, wobei allerdings wohl noch nicht abschließend geklärt ist, ob jeder Vergaberechtsverstoß zur Begründung ausreicht⁴⁹ oder ob „Willkür“ dargelegt werden muss.⁵⁰

3. Wasserrecht und Überschwemmungsschäden

Der Klimawandel mit damit wohl einhergehenden vermehrten Überschwemmungen, „Jahrhundert-Regenereignissen“ sowie quantitativ und qualitativ verstärktem Hochwassergeschehen wird in Zukunft zu neuen – auch gerichtlich zu klärenden – Konfliktlagen und Problemzonen führen.⁵¹

Die auch drittschützende Pflicht zur Warnung vor drohendem Hochwasser wurde bestätigt.⁵² Dies gilt aber auch für die Abwehr von Hochwassergefahren, wobei für Wasseranfall mit einer Wiederholungszeit von weit über 100 Jahren keine Vorsorge getroffen werden muss. Mit diesem – ganz außergewöhnlichen – „Jahrtausend-Regenereignis“ (HQ1000) hatte sich der BGH unter dem drittschützenden Gesichtspunkt „Hochwasserschutz“ zu beschäftigen.⁵³ Hierbei hat er dieses Ereignis – wohl allgemein konsensfähig – dem „Naturkatastrophenbereich“ zugeordnet, für den keine Vorsorge zu treffen ist und demnach auch keine Haftung im Schadensfall eingreift. Bei der Beurteilung ist das Ereignis nun nicht nach einzelnen Regenschauern, das Geschehen in zeitliche Abschnitte zu unterteilen, sondern das gesamte Regengeschehen ist (unter meteorologischen Gesichtspunkten) einheitlich zu bewerten. Weiterhin ist nach dieser Entscheidung offen, ob der Hochwasserschutz zumindest bei „hochwertigen Bau- oder Gewerbegebieten“ sich nicht doch – entgegen der wohl überwiegenden bisherigen Auffassung⁵⁴ – an dem „Jahrhunderthochwasser“ ausrichten muss.⁵⁵ Auf diesem Gebiet stehen noch verbindliche Präzisierungen, gerade auch für weitere gegebenenfalls erforderliche kostenintensive Planungen und Gewässerschutzmaßnahmen sowie Kanalausbauten von Bund, Ländern und Gemeinden, durch die Gerichte aus, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass der Pflichtenumfang (u.a. Kanalauslegung) nicht nur von der abstrakten Häufigkeit der jeweiligen Niederschlagsereignisses, von technischen Leitlinien u.a. sondern gerade auch von den konkreten topographischen und sonstigen örtlichen Verhältnissen abhängig ist. Kommt es immer wieder zu Schadensfällen, muss die verantwortliche Stelle in jedem Fall tätig werden.⁵⁶

4. Entscheidungen von Gerichten, Staatsanwaltschaften und Polizei

a) Medienauskünfte, Mediennutzung durch Ermittlungsbehörden und Gerichte

Durchweg wurde die Tendenz bestätigt, dass bei gravierenden Straftaten und bei Ermittlungen gegen in der Öffentlichkeit stehende Personen nach Abwägung der widersprechenden Interessen (Persönlichkeitsrecht – Informationsbedürfnis, -recht der Öffentlichkeit) auch die Mitteilung des strafrechtlichen Vorwurfs unter Namensnennung zulässig ist.⁵⁷

42 BGH v. 11.12.2008 – III ZR 216/07, MDR 2009, 258 = BauR 2009, 797 ff. (f. DDR-StHG); z. dieser Konstellation s. auch *Stein/Itzell Schwall*, s. Fn. 1, Rz. 135, 158.

43 OLG Naumburg v. 27.11.2008 – 1 U 43/08, OLGReport Naumburg 2009, 410 ff.

44 S. auch die Übersicht von *Küppers-Aretz*, BADK-Information 2008, 63 ff.

45 BVerfG v. 8.7.2009 – 1 BvR 2187/07, BauR 2009, 1706 ff.

46 BGH v. 27.5.2009 – III ZR 285/08, MDR 2009, 1039 f.; zur vorzeitigen Besitzinweisung in Enteignungsverfahren s. OLG Hamburg v. 20.9.2007 – 1 Baul U 2/07, OLGReport Hamburg 2009, 823 ff. sowie *Scheidler*, BauR 2010, 42–48.

47 OLG Düsseldorf v. 19.12.2008 – 23 U 48/08, IBR 2009, 193; in Betracht kommen allenfalls Ansprüche aus GoA, OLG Rostock v. 19.6.2008 – 3 U 12/08, IBR 2009, 194.

48 LG Cottbus v. 24.10.2007 – 5 O 99/07, IBR 2007, 695; LG Frankfurt v. 14.11.2007 – 13 O 360/07, IBR 2008, 38; vgl. auch *Brück/Reichelt*, NJW 2008, 195 (Ziff. 1.3.).

49 so jüngst OLG Düsseldorf v. 13.01.2010 – 27 U 1/09, IBR 2010, 160

50 Pro: OLG Hamm v. 12.2.2008 – 4 U 190/07, IBR 2008, 671; OLG Düsseldorf v. 15.10.2008 – 27 W 2/08, IBR 2009, 100 = NJW-Spezial 2009, 142; OLG Jena v. 8.12.2008 – 9 U 431/08, IBR 2009, 101 = NJW-Spezial 2009, 46; vgl. auch OLG Brandenburg v. 29.5.2008 – 12 U 235/07, NZBau 2008, 735; OLG Naumburg v. 29.4.2008 – 1 W 14/08, OLGReport Naumburg 2008, 957; OLG Oldenburg v. 2.9.2008 – 8 W 117/08, OLGReport Oldenburg 2008, 861 sowie ablehnend LG Arnsberg NZBau 2008, 206; zusammenfassend: *Braun*, NZBau 2008, 160 ff.

51 S.a. *Braun*, BADK-Information 2008, 58–62 sowie *Stein/Itzell Schwall*, s. Fn. 1, Rz. 699.

52 LG Dresden v. 30.5.2008 – 1 O 4598/05, BADK-Information 2009, 144 ff.

53 BGH v. 5.6.2008 – III ZR 137/07, MDR 2008, 1035 = BauR 2008, 1863.

54 S. *Stein/Itzell/Schwall*, s. Fn. 1, Rz. 699, 703 m.w.N.

55 In diesem Sinne bereits wohl *Wurm*, s. Fn. 1, Rz. 712 – für Hochwasserereignisse.

56 OLG Schleswig v. 21.2.2008 – 11 U 102/05, OLGReport Schleswig 2008, 512.

57 KG v. 12.6.2009 – 9 W 122/09, OLGReport Berlin 2009, 708 ff. (Verhaftung einer Sängerin, HIV-Infektion); OLG Rostock v. 25.3.2009 – 2 W 10/09, MDR 2009, 986 (extremistisch motivierte Straftat); BVerfG v. 10.6.2009 – 1 BvR 1107/09, DVBl. 2009, 1122 (Ls; Sexualstraftäter); s.a. BVerfG v. 25.7.2009 – 1 BvR 134/03, DVBl. 2009, 1166 ff. (Verantwortlichkeit/Haftung für Presseschau – Fremdartikel) sowie *Lehr*, NStZ 2009, 409–414.

Amtshaftungsrecht

b) Verzögerungen und weitere Fehler im gerichtlichen Verfahren

Verzögerungen in gerichtlichen Verfahren waren wieder Themen gerichtlicher Entscheidungen. Das BVerfG hat zur „überlangen Dauer“ ausgeführt: „... Die Angemessenheit der Dauer eines Verfahrens ist aber stets nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles zu bestimmen. Es gibt keine allgemeingültigen Zeitvorgaben; verbindliche Richtlinien können auch aus der Rechtsprechung des EuGHMR nicht entnommen werden...“.⁵⁸ Für den Straf- und Bußgeldbereich dürfte die Folgen vermeidbarer Verfahrensverzögerungen inzwischen weitgehend geklärt sein.⁵⁹ Im Zivilbereich steht im Vordergrund die Beantwortung der Frage, unter welchen Bedingungen eine „Untätigkeitsbeschwerde“ zulässig ist⁶⁰ und welche Rechtsfolgen aus den Verfahrensverzögerungen erwachsen können.⁶¹ In der Tendenz ist wohl festzustellen, dass eine unbegründete und unbegründbare gerichtliche Nichtbearbeitung von einem Jahr und mehr einer Rechtsverweigerung gleichkommt und dies mit der dann zulässigen und begründeten Untätigkeitsbeschwerde auch gerügt werden kann.⁶²

Das OLG Frankfurt⁶³ nimmt zur Haftung nach möglichem gerichtlichen Auslegungsfehler im Verfahren nach § 80 VwGO eingehend Stellung. Es lehnt im Ergebnis sowohl einen gemeinschaftsrechtlichen Staatshaftungsanspruch (fehlender qualifizierter Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht) wie auch einen solchen aus Amtshaftung (kein „grobes Verschulden“) ab.

Machen Gericht und Anwalt denselben Fehler (Nichtberücksichtigung konkret einschlägiger BGH-Rechtsprechung), dann haftet ausschließlich der Anwalt (§ 839 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 BGB), ohne dass der Zurechnungszusammenhang unterbrochen wäre.⁶⁴ Weitere Entscheidungen präzisieren die gerichtlichen (Fürsorge-) Pflichten bei Einreichung von nicht unterschriebenen Schriftsätzen (Berufung) und zur Prüfung der eigenen Zuständigkeit.⁶⁵

c) Entschädigung in Haft- und Unterbringungssachen und Aufrechnungsmöglichkeiten

Die Anzahl von Entscheidungen nach rechtswidrigen und menschenunwürdigen Unterbringungen⁶⁶ in gemeinschaftlichen Hafträumen geht zurück.⁶⁷ Das Problem scheint durch die Justizverwaltungen im Wesentlichen gelöst zu sein. Klargestellt haben der BGH und zwei OLG, dass eine Aufrechnung gegen die Entschädigungsforderung des Gefangenen mit Verfahrenskosten o.Ä. wegen § 393 BGB oder aus dem Gedanken des § 242 BGB ausscheidet.⁶⁸ Die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen nach § 7 Abs. 3 StrEG (immaterielle Schäden) wurde gesetzlich von 11 auf 25 €/Tag erhöht.⁶⁹

d) Weitere Entscheidungen (Zwangsvollstreckung)

Der BGH hat in zwei Entscheidungen die Amtshaftung im Vollstreckungsbereich konkretisiert. Werden bei einer Zwangsäumung durch den Gerichtsvollzieher (und dessen Hilfspersonen) Gegenstände des Schuldners vorwerfbar beschädigt („Begleitschäden“), dann haftet hierfür nicht der Gläubiger (§ 717 Abs. 2 ZPO). Der Gerichtsvollzieher wird nicht als Verrichtungsgehilfe (§ 831 BGB) des Gläubigers sondern als Vollstreckungsorgan tätig. In Betracht kommen ausschließlich Amtshaftungsansprüche.⁷⁰ Bei Grundstücks-Zwangsvollstreckungen ist der Vollstreckungsgläubiger geschützter Dritter, wenn es um die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften geht, deren Verletzung zur Aufhebung des Zuschlagsbeschlusses mit nachfolgendem geringerem Erlös führt.⁷¹

e) Polizei

Werden einzelne Bürger gleichmäßig von einer sog. „Jedermann-Maßnahme“ durch die Polizei betroffen (z.B. Mehrkosten infolge unfallbedingter Straßensperrung – Umweg, Umsatzeinbußen infolge Evakuierung zur Bombenentschärfung) so bestehen weder Ansprüche nach Polizeirecht noch solche aus enteignendem Eingriff.⁷²

5. Amtshaftung im Gesundheitswesen

In den Blickpunkt geraten verstärkt auch Fragen der Zuständigkeit und Haftung der unterschiedlichen Behörden, Institutionen und beliebigen privaten Institute im Bereich des Gesundheitswesens, die mit großer – auch wirtschaftlicher – Relevanz steuernde Empfehlungen,⁷³ Leitlinien und Therapiehinweise geben.⁷⁴ Dass eine misslungene ärztlicher Heilbehandlung eines Soldaten im Regelfall eine Wehrdienstbeschädigung darstellt und damit

58 BVerfG v. 30.7.2009 – 1 BvR 2662/06, DVBl. 2009, 1164 ff.; s.a. BVerfG v. 2.9.2009 – 1 BvR 3171/08, IBR 2009, 686 sowie EuGHMR v. 13.11.2008 – 26073/03, StRR 2009, 227 f. und *Meyer-Ladewig/Petzold*, NJW 2009, 3749–3754.

59 BGH v. 16.6.2009 – 3 StR 173/09, StV 2009, 638 f.; v. 4.8.2009 – 5 StR 253/09, StV 2009, 693 f. und zum Bußgeldverfahren OLG Bamberg v. 4.12.2008 – 2 Ss OWi 1386/08, NJW 2009, 2468 f.

60 OLG Düsseldorf v. 5.3.2009 – 23 W 99/08, NJW 2009, 2388 f.; v. 23.9.2008 – 1-5 W 46/08, BauR 2009, 1933 ff.; OLG München v. 8.4.2009 – 30 WF 47/09, MDR 2010, 33; OLG Rostock v. 4.9.2009 – 3 W 74/09, OLGReport Rostock 2009, 959 f.

61 Schadensersatz (in erheblicher Höhe!) OLG Hamm v. 8.1.2010 – 11 U 27/06, IBR 2010, 192

62 OLG Düsseldorf v. 5.3.2009 – 23 W 99/08, NJW 2009, 2388 f.; OLG Dresden v. 24.6.2009 – 6 U 24/09, IBR 2010, 66 (Nichtbearbeitung über 6 Monate trotz VT ist grob fahrlässige Amtspflichtverletzung).

63 OLG Frankfurt v. 13.3.2008 – 1 U 244/07, OLGReport Frankfurt 2008, 725 ff.

64 BGH v. 18.12.2008 – IX ZR 179/07, MDR 2009, 473 = IBR 2009, 243.

65 BGH v. 14.10.2008 – VI ZB 37/08, NJW-RR 2009, 564 f.; v. 18.3.2008 – VIII ZB 4/06, MDR 2008, 704; OVG Bautzen v. 11.6.2009 – 5 A 254/08, NJW 2009, 3385 LS.

66 Z. Unterbringungen (insb. in psychiatrischen Fachkliniken) s. OLG Frankfurt v. 23.12.2008 – 8 U 146/06, NJW-RR 2009, 1103 ff. (insb. auch z. Verjährungsfragen); OLG Zweibrücken v. 22.12.2009 – 5 U 5/07, juris sowie eingehend: Schönstedt, Kriminalistik 2008, 48–54.

67 OLG Hamm v. 18.2.2009 – 11 U 88/08, StV 2009, 262 ff.; VerfGH Berlin v. 3.11.2009 – 184/07, DVBl. 2010, 59 LS; s. z.d. Problemkreis auch *Itzel*, MDR 2007, 689 ff., 693 (unter 5.); vgl. auch OLG Karlsruhe v. 1.3.2007 – 12 U 181/06, StV 2008, 90 (rechtswidrige, ersatzpflichtige Ablösung eines Gefangenen v. einem entlohnten Arbeitsplatz) sowie *Kretschmer*, NJW 2009, 2406–2411; *Köhne*, StV 2009, 215–218; *Mroß*, StV 2008, 611–615; zu einer rechtswidrigen Abschiebungshaft s. OLG Zweibrücken v. 2.7.2008 – 3 W 97/08, OLGReport Zweibrücken 2008, 853; zur ärztlichen Behandlung und Amtshaftungsansprüchen s. OLG Koblenz v. 31.7.2008 – 1 W 89/08, OLGReport Koblenz 2009, 236.

68 OLG Hamm StRR 2009, 36 (Höhe: 10–30 €/Tag; § 393 BGB greift ein, d.h. es liegt eine – bedingt – vorsätzlich begangene unerlaubte Handlung vor!); OLG Hamm v. 13.6.2008 – 11 W 85/07, NJW-RR 2008, 1406 (20 €/Tag); OLG Karlsruhe zfs 2009, 146 (Aufrechnung als unzulässige Rechtsausübung nach § 242 BGB) – bestätigt durch BGH v. 1.10.2009 – III ZR 18/09, MDR 2010, 211 f.

69 BGBl. 2009, 2478; s. auch OLG Koblenz v. 2.4.2008 – 1 W 831/07, OLGReport Koblenz 2009, 270 f. (Darlegungslast); OLG Bamberg v. 25.5.2009 – 4 U 198/08, OLGReport Bamberg 2009, 534 ff. (Feststellungsklage zur Fristunterbrechung) sowie *Schütz*, StV 2008, 52–54.

70 BGH v. 5.2.2009 – IX ZR 36/08, MDR 2009, 651 f.

71 BGH v. 22.1.2009 – III ZR 172/08, MDR 2009, 593 = NJW-RR 2009, 601 ff.

72 OLG Koblenz v. 23.9.2009 – 1 U 428/09, MDR 2010, 153 f.

73 Zu einer Impfpflicht, Versorgung nach Infektionsschutzgesetz s. BSG v. 23.4.2009 – B 9 VJ 1/08 R, GesR 2010, 42 ff.

74 U.a. Gemeinsamer Bundesausschuss (GBA), Institut für Qualität und Wissenschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG); s. insb. StGH Nds. v. 5.12.2008 – StGH 2/07, GesR 2009, 146; *Wiegand*, GesR 2008, 237–244; zu Haftungsfragen s. *Pitschas*, MedR 2008, 34–41.

Amtshaftungsrecht

Amtshaftungsansprüche grundsätzlich ausgeschlossen sind (s. § 91a SVG), hat das OLG Stuttgart bestätigt.⁷⁵ Der Durchgangsarzt der Berufsgenossenschaft kann sowohl in Ausübung übertragener öffentlich-rechtlicher Pflichten wie auch privat-, vertragsrechtlich tätig werden. Je nach Tätigkeitsbereich, -inhalt bestimmt sich das Haftungsregime und auch die Passivlegitimation.⁷⁶ Es bleibt damit bei dem für den Patienten doch recht unsicheren Rechtszustand und dem nicht geringen Risiko, im Schadensfall den Falschen zu verklagen.

6. Weitere wichtige Entscheidungen

Mit der Einordnung und Abgrenzung des rechtlichen Charakters technischer Überprüfungen durch sachverständige Private (TÜV-Prüfer usw.) hat sich der BGH jüngst in Zusammenhang mit einer Kran-Überprüfung nach Unfallverhütungsvorschriften auseinandergesetzt. Er hat für die Amtshaftung klargestellt, dass die Tätigkeiten gerade in der Ausübung eines öffentlichen Amtes

bestehen müssen und dies abgegrenzt zur Wahrnehmung von Aufgaben im Interesse des Unternehmers (hier Überprüfung/Einhaltung des Arbeitsschutzes).⁷⁷

Dass der öffentliche Arbeitgeber dem unterlegenen Mitarbeiter nicht entgegenhalten kann, er habe die Stelle einem Konkurrenten bereits übertragen, wenn er den einstweiligen Rechtsschutz gerade durch die schnelle Stellenübertragung vereitelt hat, ist unter Beachtung von Art. 33 Abs. 2, 19 Abs. 4 und 20 Abs. 3 GG eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wurde aber nochmals klargestellt.⁷⁸

Der Ausschluss von Ansprüchen (insb. Schmerzensgeld) nach § 104 Abs. 1 SGB VII für Verletzungen eines Kindergartenkindes durch ein anderes (Verletzung des Auges mit Schraubenzieher beim Werken) ist grundrechtskonform (Art. 3 Abs. 1 GG).⁷⁹

Weitere Entscheidungen finden sich zum (verneinten) Ersatzanspruch bei Nichtanerkennung einer ausländischen Fahrerlaubnis,⁸⁰ zum europäischen Recht, insbesondere zum gemeinschaftsrechtlichen Staatshaftungsanspruch⁸¹ und zur Sachverständigenhaftung nach § 839a BGB.⁸² Fraglich ist, wer Rechtsträger der Arbeitsgemeinschaft i.S.v. § 44b SGB II ist, und ob diese selbst im Amtshaftungsprozess parteifähig und passivlegitimiert sein kann.⁸³ Die Rechts- und Parteifähigkeit hat der BGH nun bejaht, die Frage nach der Verantwortlichkeit i.S.v. Art. 34 Satz 1 GG (Kommune oder Bundesanstalt für Arbeit) hat er aber bislang offen gelassen.⁸⁴

Und nicht zuletzt ist auf einige Urteile hinzuweisen, die sich mit auf Nachbargrundstücke einwirkenden Immissionen (Bergbau, Erderschütterungen,⁸⁵ Übergreifen eines Brandes,⁸⁶ Lärm-, Abgas-, Staubbeeinträchtigungen – Neubau ICE-Trasse,⁸⁷ Sportplatzlärm⁸⁸) beschäftigten und in denen jeweils § 906 BGB als verschuldensunabhängige Entschädigungsnorm mit streitentscheidend war,⁸⁹ wobei dieser Anspruch hinter den im Planfeststellungsverfahren gegebenen Rechtsbehelfen zurück tritt.⁹⁰

IV. Zusammenfassung und Ausblick

In das Blickfeld haftungsrechtlicher Fragestellungen werden mit Sicherheit in nächster Zeit verstärkt Haftungsprobleme aus dem Gesundheitswesen,⁹¹ in Folge der Klimaveränderungen (Überschwemmungsschäden usw.), der Ausweitung des staatlichen IT-Einsatzes⁹² und der staatlichen Aufsicht über das Banken – und Finanzwesen gelangen. Weiter steht zu erwarten, dass auch Fragen der Amtshaftung bei und nach nun infolge der Wirtschaftskrise vereinfachten Vergabeverfahren⁹³ sowie den (vermehrten) Auslandseinsätzen von Bundeswehr und Polizei Gerichte beschäftigen werden.⁹⁴ Ob und inwieweit Fragen rund um die Kernkraft (wieder) relevant werden, scheint zur Zeit noch offen.⁹⁵

Zu beachten wird auch sein, ob und inwieweit Initiativen aus dem politischen Raum die (Zitat!⁹⁶) „insgesamt wenig bürgerfreundlichen und antiquierten Regelungen nach Art. 34 GG i.V.m. § 839 I BGB „modifizieren wollen und werden,⁹⁷ wobei sicherlich dem für den Bürger manchmal schwerlich zu durchschauenden kafkaesken Zuständigkeitsdschungel auf Verwaltungsseite sicherlich etwas Kahlschlag nicht schlecht anstünde.⁹⁸

75 OLG Stuttgart v. 11.12.2008 – 1 U 75/08, OLGReport Stuttgart 2009, 812 f.

76 OLG Bremen v. 27.3.2009 – 5 U 70/08, OLGReport Bremen 2009, 550 f.; v. 29.10.2009 – 5 U 012/09, GesR 2010, 21 ff.; s. auch *Jorzig*, GesR 2009, 400–405.

77 BGH v. 14.5.2009 – III ZR 86/08, MDR 2009, 914 f. = BauR 2009, 1573 ff.; zur Übertragung öffentl. Aufgaben auf Private s. OLG Stuttgart v. 17.8.2009 – 12 W 42/09, OLGReport Stuttgart 2009, 905 f. (auch Rechtsweg).

78 BAG v. 24.3.2009 – 9 AZR 277/09, MDR 2009, 1228 f.; s. auch BVerwG v. 11.2.2009 – 2 A 7/06, BADK-Information 2009, 135 f. (Schadensersatz wegen Nichtbeförderung).

79 BGH v. 4.6.2009 – III ZR 229/07, MDR 2009, 924 f.

80 BGH v. 11.9.2008 – III ZR 212/07, MDR 2008, 1333; s. auch LG Neuruppin v. 4.4.2008 – 11 Qs 19/08, NZV 2009, 250 f. sowie OLG Düsseldorf v. 26.11.2008 – I-18 U 146/08, BADK-Information 2009, 107 ff. (Ersatzanspruch nach Passenzug).

81 BGH v. 22.1.2009 – III ZR 233/07, MDR 2009, 982 = NJW 2009, 2534 ff. (auch zum qualifizierten Verstoß); s.a. BGH v. 4.6.2009 – III ZR 144/05, MDR 2009, 1039; zur originären Haftung der Gemeinschaft EuGH v. 9.9.2008 – Rs. C-120/06 P u.a., DVBl. 2009, 1051 f. LS.

82 OLG Celle v. 5.5.2009 – 4 U 26/09, IBR 2010, 63; OLG Hamm v. 16.6.2009 – I-9 U 239/08, OLGReport Hamm 2009, 827 f.

83 Verneinend KG v. 28.11.2008 – 9 U 137/08, KGReport Berlin 2009, 261.

84 BGH v. 22.10.2009 – III ZR 295/08, MDR 2010, 167 ff.

85 BGH v. 19.9.2008 – V ZR 28/08, MDR 2009, 381 = NJW 2009, 762.

86 OLG Rostock v. 16.5.2008 – 5 U 105/08, OLGReport Rostock 2008, 736; OLG Koblenz v. 28.8.2008 – 5 U 218/08, MDR 2009, 443.

87 OLG München v. 18.9.2008 – 23 U 2648/08, MDR 2009, 136 = IBR 2009, 29.

88 OLG Frankfurt v. 17.6.2008 – 8 U 89/06, OLGReport Frankfurt 2009, 47.

89 Z. Haftungsfragen im Immissionsschutzrecht s. auch Jarass, DVBl. 2009, 205–212.

90 BGH v. 30.10.2009 – V ZR 17/09, MDR 2010, 142 ff. = BauR 2010, 451 ff.

91 S. *Rehborn*, GesR 2009, 519–529.

92 S. *Duisberg/Picot*, CR 2009, 823–828; *Sichel*, DVBl. 2009, 1014–1021, v. *Holleben/Menz*, CR 2010, 63–68 sowie –in die Zukunft blickend – *Matthias*, NJW-aktuell 2009, Heft 27 XII f.

93 S. auch Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts v. 20.4.2009 (BGBl. 2009, 790).

94 Hierzu grundlegend: *Dutta*, AöR 2008, 191–234.

95 Vgl. *Rengeling*, DVBl. 2008, 1141–1150.

96 *Künast*, ZRP 2008, 33 ff. (35).

97 Problematisch erscheinen auch die Initiativen verschiedener Justizverwaltungen zur Verfassungsänderung durch Neuordnung der Amts- und Staatshaftungssachen zur Verwaltungsgerichtsbarkeit – wohl mit dem primären Ziel der Lösung der möglicherweise dort bestehenden Überbesetzungen?; ablehnend wohl alle OLG-Präsidenten sowie *Reichling*, DRiZ 2008, 303–305.

98 Z.B. durch landesrechtliche Festlegung einer einheitlichen Stelle zur Geltendmachung von Haftungsansprüchen; s.a. *Stein/Itzell/Schwall*, s. Fn. 1, Rz. 523 – höchst komplexe und damit bürgerferne Bestimmung des zuständigen Haftungsgegners im Straßen- und Winterdienstbereich sowie *Cloeren/Itzel*, Fn. 1, S. 47–50